

# Health & Consumer Voice

Oktober 2005

## IN DIESER AUSGABE

EU Bürger dürfen bald wieder „Rindfleisch am Knochen“ genießen \_\_\_\_\_ 1

*Die EU Veterinärsachverständigen unterstützen den Vorschlag der Kommission, die Altersgrenze für die Entfernung der Wirbelsäule bei Rindfleisch anzuheben. Bald steht dem EU weiten Genuss von „Rindfleisch am Knochen“ („Beef-on-the-Bone“) nichts mehr im Wege!*

Vogelgrippe: Verschärfte EU Maßnahmen angesichts der Verbreitung des H5N1-Virus \_\_\_\_\_ 2

*Die EU hat ihre Wachsamkeit erhöht und diesen Monat zunehmend vorbeugende Maßnahmen gegen die Vogelgrippe ergriffen, nachdem das Virus H5N1 in der Türkei, in Rumänien und in Kroatien nachgewiesen wurde und andere Verdachtsfälle in verschiedenen Regionen Europas aufgetreten sind.*

EU unternimmt weitere Schritte, um die Sicherheit von Bluttransfusionen zu verbessern \_\_\_\_\_ 3

*Die Europäische Kommission hat neue EU Vorschriften zur Gewährleistung der Qualität und Sicherheit von Blut und Blutderivaten (z. B. Plasma) für medizinische Behandlungszwecke angenommen. Dabei handelt es sich um Durchführungsmaßnahmen im Zuge der EU Blutrichtlinie, die von Parlament und Rat im Jahr 2003 angenommen wurde.*

Kommission präsentiert überarbeiteten Vorschlag für Verbraucherkredite \_\_\_\_\_ 3

*Die Europäische Kommission hat einen überarbeiteten Vorschlag für eine Verbraucherkredit-Richtlinie angenommen, mit der die Rechte der europäischen Verbraucher in einem echten Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen gestärkt werden sollen.*

Kommissar Kyprianou fordert bessere Rechtsetzung im Verbraucherschutzbereich \_\_\_\_\_ 4

*Markos Kyprianou, EU Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, appelliert an das Europäische Parlament und den Rat, das im Rahmen der Initiative zum europäischen Vertragsrecht entwickelte „Toolkit für eine bessere Rechtsetzung“ verstärkt zu nutzen.*

Direktor der Exekutivagentur für das Gesundheitsprogramm ernannt \_\_\_\_\_ 4

Neue Veröffentlichung: „Consumers in Europe – Facts and Figures“ \_\_\_\_\_ 4

## EU-Bürger dürfen bald wieder „Rindfleisch am Knochen“ genießen

**Die EU Veterinärsachverständigen unterstützen den Vorschlag der Kommission, die Altersgrenze für die Entfernung der Wirbelsäule bei Rindfleisch anzuheben. Bald steht dem EU weiten Genuss von „Rindfleisch am Knochen“ („Beef-on-the-Bone“) nichts mehr im Wege!**

Der Ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit sprach sich für eine Anhebung der Altersgrenze, ab der die Wirbelsäule von geschlachteten Rindern entfernt werden muss, von 12 auf 24 Monate aus. Dies ist ein erster Schritt hin zur Lockerung der EU Maßnahmen zur BSE Bekämpfung, seit die Kommission im Juli ihre TSE-Roadmap (TSE = transmissible spongiforme Enzephalopathien) veröffentlichte.

Im Oktober 2000 wurde die Wirbelsäule in die EU Liste für spezifiziertes Risikomaterial (SRM) aufgenommen, von dem die größte Gefahr einer BSE Übertragung erwartet wird. Nach den einschlägigen EU Vorschriften musste sämtliches SRM aus dem Fleisch von über 12 monatigen Rindern entfernt und beseitigt werden, um zu verhindern, dass es in die Lebens- und Futtermittelkette gelangt. Allerdings ist die Zahl der in der EU registrierten BSE Fälle in den letzten Jahren stark gesunken und das Alter der betroffenen Tiere stetig gestiegen.



© Eureka Slide

Im April 2005 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ein Gutachten veröffentlicht, in dem sie sich für eine Anhebung der Altersgrenze zur Entfernung der Wirbelsäule aussprach. Ihrer Ansicht nach könne eine Grenze von bis zu 30 Monaten als sicher angesehen werden. Auf der Grundlage dieses Gutachtens und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Mitgliedstaaten und des Parlaments hat die Kommission eine Altersgrenze von 24 Monaten vorgeschlagen, wodurch ihrer Ansicht nach die höchstmögliche Sicherheit gegen eine BSE Ansteckung geboten wird. Diese Grenze kann in Zukunft erneut überprüft werden, wenn der Abwärtstrend der BSE Fälle weiter anhält.

### Weitere Informationen:

[http://europa.eu.int/comm/food/food/biosafety/bse/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/food/food/biosafety/bse/index_en.htm)

### Vogelgrippe – siehe Seite 2

Informationen über die neuesten Entwicklungen finden Sie unter:

[http://europa.eu.int/comm/dgs/health\\_consumer/dyna/influenza/index.cfm](http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/dyna/influenza/index.cfm)



# Vogelgrippe: Verschärfte EU Maßnahmen angesichts der Verbreitung des H5N1-Virus

Die EU hat ihre Wachsamkeit erhöht und diesen Monat zunehmend vorbeugende Maßnahmen gegen die Vogelgrippe ergriffen, nachdem das Virus H5N1 in der Türkei, in Rumänien und in Kroatien nachgewiesen wurde und andere Verdachtsfälle in verschiedenen Regionen Europas aufgetreten sind. Die Seuche wurde ebenfalls bei einem Papagei festgestellt, der in das Vereinigte Königreich importiert worden war und dort unter Quarantäne stand. Dies hat die EU veranlasst, ein Einfuhrverbot für bestimmte lebende Vögel aus Drittländern auszusprechen.

## Bisheriger Verlauf der Ausbrüche und der Reaktionen der EU:

- **7. Oktober** – Rumänien berichtet über einen vermutlichen Ausbruch der Vogelgrippe im Donaudelta. Bei Tests, die vor Ort sowie vom Gemeinschaftlichen Referenzlaboratorium im Vereinigten Königreich durchgeführt wurden, stellte sich heraus, dass es sich um den hochansteckenden Virusstamm H5N1 handelt, der wahrscheinlich durch Zugvögel eingeschleppt wurde.
- **9. Oktober** – Die Türkei informiert die Europäische Kommission über den Ausbruch der Vogelgrippe auf einem türkischen Bauernhof in Nordwest-Anatolien. Auch hier handelte es sich um das H5N1-Virus, wie sich am 13. Oktober herausstellte, und wieder wurden die Zugvögel als Auslöser verdächtigt.
- **10. Oktober** – Die Europäische Kommission verbietet die Einfuhr von lebenden Vögeln, Federn, Geflügel und Geflügelprodukten aus der Türkei. Dasselbe Verbot wird am 13. Oktober für Rumänien erlassen. Die EU unterstützt diese Länder, die bereits rasche, umfassende Bekämpfungsmaßnahmen eingeleitet haben, durch Beratung und Expertise.
- **14. Oktober** – Die Kommission schlägt eine Reihe verschärfter Präventivmaßnahmen vor, um die Gefahr der Ausbreitung der Seuche in der EU einzudämmen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert,

für die Unterbindung des Kontakts zwischen wild lebenden Vögeln und Hausgeflügel in stark gefährdeten Gebieten (z. B. Feuchtgebieten) zu sorgen, wobei jeder Mitgliedstaat die entsprechenden Gebiete auf seinem Hoheitsgebiet definiert. Falls notwendig, ist das Geflügel einzusperren.

- **14. Oktober** – Früherkennungssysteme werden eingeführt, um dafür zu sorgen, dass etwaige Anzeichen der Seuche bei Hausgeflügel oder anderen Vögeln in Gefangenschaft unverzüglich von den Haltern an die zuständige nationale Veterinärbehörde gemeldet werden. Spezifische Kriterien werden festgelegt (z. B. Rückgang der Eierproduktion oder Anstieg der Sterblichkeitsrate), anhand deren die Landwirten feststellen können, wann sie die Behörden informieren müssen.
- **17. Oktober** – Die griechischen Veterinärbehörden unterrichten die Kommission über einen Verdachtsfall von Vogelgrippe auf der Insel Inousses (bei Chios). Erste Tests des Gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums zum Nachweis des H5N1-Virus erbrachten ein negatives Resultat, weitere Tests sind im Gange.
- **19. Oktober** – Ein Ausbruch der H5N1-Vogelgrippe wird aus Tula (südlich von Moskau) gemeldet. Die EU erlässt ein Verbot für die Einfuhr lebender Heimvögel und unbehandelter Federn aus Russland. Ausgenommen sind lediglich Kaliningrad und einige Gebiete an der Grenze zu Finnland. Nicht nötig ist ein Verbot für Eier, Geflügelfleisch und Fleischprodukte, denn diese Produkte werden zwischen Russland und der EU nicht gehandelt.
- **20. Oktober** – Der Ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit unterstützt einen Kommissionsvorschlag für ein sofortiges EU weites Verbot des Einsatzes von Lockvögeln sowie ein Verbot von Geflügelmärkten, Vogelschauen, Vogelausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen, die nur noch mit Sondergenehmigung der Be-

hörden der Mitgliedstaaten und nach einer die Unbedenklichkeit bescheinigten Risikobewertung abgehalten werden dürfen. Ferner werden Bestimmungen zur Impfung von Zoovögeln, falls notwendig und zweckmäßig, erlassen. Alle geimpften Vögel müssen registriert werden, und Handel mit solchen Vögeln ist nur mit Sondergenehmigung zulässig.

- **23. Oktober** – Die Behörden des Vereinigten Königreichs bestätigen den Nachweis des H5N1-Virus bei einem Papagei, der in Quarantäne gestorben war. Der Papagei kam aus Surinam (Südamerika), wurde aber zusammen mit Vögeln aus Taiwan in Quarantäne gehalten.
- **24. Oktober** – Die Kommission verbietet die Einfuhr von lebenden Vögeln, Fleisch von Wildgeflügel sowie unbehandelten Federn aus Kroatien angesichts einer H5 Vogelgrippeerkrankung, die bei wilden Schwänen im Osten des Landes aufgetreten war.
- **25. Oktober** – Infolge des infizierten Papageis in einer britischen Quarantänestation unterstützt der Ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit einen Kommissionsvorschlag, mit dem die kommerzielle Einfuhr von in Gefangenschaft gehaltenen Vögeln und Heimtiervögeln aus Drittländern mit Ausnahme von Hausgeflügel verboten wird. Die private Ein- und Ausfuhr von Ziervögeln wird in einem separaten Beschluss geregelt und bestimmten Bedingungen unterworfen.

*Stand: 25. Oktober 2005*



© Eureka Slide

# EU unternimmt weitere Schritte, um die Sicherheit von Bluttransfusionen zu verbessern

Die Europäische Kommission hat neue EU Vorschriften zur Gewährleistung der Qualität und Sicherheit von Blut und Blutderivaten (z. B. Plasma) für medizinische Behandlungszwecke angenommen. Dabei handelt es sich um Durchführungsmaßnahmen im Zuge der EU Blutrichtlinie, die von Parlament und Rat im Jahr 2003 angenommen wurde.

Die EU Blutrichtlinie bietet einen allgemeinen Rahmen für EU Vorschriften und Prinzipien zur Verwendung von Blut in der medizinischen Behandlung. Die im Zuge dieser Richtlinie angenommenen Maßnahmen zielen darauf ab, die europäischen Bürger besser vor Krankheiten zu schützen, die durch Blut übertragen werden.

Dabei geht es zum einen um die Rückverfolgbarkeit von Blut und Blutderivaten und zum anderen um qualitative Normen.

Das erste Maßnahmenpaket zur Rückverfolgbarkeit umfasst Regeln und Ver-

fahren zur Identifizierung, Registrierung und Kennzeichnung von Blut und Blutprodukten. Sie beziehen sich auf Folgendes: Prüfverfahren bei der Bereitstellung von Blut oder Blutbestandteilen,

Dokumentation der Rückverfolgbarkeitsdaten, Meldung ernster unerwünschter Reaktionen und Zwischenfälle, Anforderungen an eingeführtes Blut und eingeführte Blutbestandteile, Jahresberichte und Übermittlung von Informationen zwischen nationalen Behörden. Überdies wurde ein Notifizierungssystem geschaffen, damit die Mitgliedstaaten und die Kommission über Vorkommnisse in der EU unterrichtet werden, auch wenn dies keine Rückverfolgung der mangelhaften Produkte impliziert.



© Europäische Gemeinschaft, 2006

Das zweite Maßnahmenpaket bezieht sich auf die Produktsicherheit. Es umfasst gemeinschaftliche Standards und Spezifikationen für ein Qualitätssicherungssystem für Blutspendeeinrichtungen; hierzu gehören alle für die Gewinnung und Testung von menschlichem Blut oder Blutbestandteilen zuständigen Einrichtungen und Stellen (außer Krankenhausblutdepots). Die Richtlinie behandelt u. a. folgende Aspekte: Personal, Organisation und Räumlichkeiten; Blutgewinnung, -testung und -verarbeitung; Spendereignung; Laboruntersuchung, Verarbeitung und Validierung; Kennzeichnung; Freigabe von Blut und Blutbestandteilen. Ferner sieht sie Bestimmungen für Kontrollen und Audits vor und behandelt weitere Aspekte wie Beschwerden, Rückruf von Blutkonserven und sonstige Abhilfemaßnahmen.

## Weitere Informationen:

[http://europa.eu.int/comm/health/ph\\_threats/human\\_substance/blood\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/health/ph_threats/human_substance/blood_de.htm)

# Kommission präsentiert überarbeiteten Vorschlag für Verbraucher Kredite

Die Europäische Kommission hat einen überarbeiteten Vorschlag für eine Verbraucherkredit-Richtlinie angenommen, mit der die Rechte der europäischen Verbraucher in einem echten Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen gestärkt werden sollen.

Zu den wichtigsten Änderungen gegenüber dem ersten überarbeiteten Vorschlag der Kommission vom Oktober 2004 gehört die Fokussierung auf die eigentlichen Verbraucherkredite (bis 50 000 Euro); der Hypothekarkredit wird hierbei ausgeklammert. Aufgrund des neuen Wortlauts wird den Mitgliedstaaten bei der Anpassung gewisser Bestimmungen an die nationale Situation mehr Handlungsspielraum zugestanden; zugleich wird das Binnenmarktprinzip durch eine „Klausel über die gegenseitige Anerkennung“ gewahrt. Den Verbrauchern werden insbesondere folgende Rechte zuerkannt: Widerruf binnen 14 Tagen, vorzeitige Rückzahlung des Kredits und

Kündigung eines Kreditvertrags, wenn der dazugehörige Kauf nicht zustande kommt.

Die vorhergehende Kommission hatte im Oktober 2004 mitgeteilt, welche der vom Europäischen Parlament angenommenen

Abänderungen sie akzeptieren könne. Die neue Kommission unter Präsident Barroso hat daraufhin im November 2004 beschlossen, weitere Konsultationen über den Richtlinienentwurf durchzuführen und einen konsolidierten Text vorzulegen, der eine Einigung erleichtern sollte.

## Schlüsselmerkmale des überarbeiteten Vorschlags

- Festlegung des Kredithöchstbetrags auf 50 000 Euro, um die gängigsten Formen von Verbraucherkrediten abzudecken;
- gesonderte Regelung für Hypothekarkredite nach Abschluss der im Juli 2005 eingeleiteten Konsultationen über das entsprechende Grünbuch;
- spezifische Vorschriften für Verträge bis 300 Euro über die Informationen, die vor Vertragsabschluss zu erteilen und in den Vertrag aufzunehmen sind;
- mehr Spielraum für die Mitgliedstaaten, um die Richtlinienbestimmungen in einzelnen eindeutig festgelegten Bereichen an die innerstaatlichen Gegebenheiten anzupassen; für bestimmte Fälle ist jedoch die gegenseitige Anerkennung vorgeschrieben, um den Binnenmarkt zu schützen;
- einheitliches Verfahren zur Berechnung der Kreditkosten, um die Gegenüberstellung von Kreditverträgen zu erleichtern;
- Liste mit den Auskünften, die Verbrauchern erteilt werden müssen;
- Recht auf Widerruf binnen 14 Tagen;
- Recht auf vorzeitige Rückzahlung des Kredits;
- Recht, den Kreditvertrag zu kündigen, wenn der dazugehörige Kauf nicht erfolgt.

Der Ministerrat wird den Richtlinienentwurf jetzt prüfen und voraussichtlich im Jahr 2006 einen gemeinsamen Standpunkt festlegen.

## Weitere Informationen:

[http://europa.eu.int/comm/consumers/cons\\_int/fina\\_serv/cons\\_directive/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_int/fina_serv/cons_directive/index_de.htm)



# Kommissar Kyprianou fordert bessere Rechtsetzung im Verbraucher- schutzbereich

**Markos Kyprianou, EU Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, appelliert an das Europäische Parlament und den Rat, das im Rahmen der Initiative zum europäischen Vertragsrecht entwickelte „Toolkit für eine bessere Rechtsetzung“ verstärkt zu nutzen.**

Auf einer Konferenz zum Thema „Bessere Rechtsetzung“, die unter britischer Präsidentschaft in London abgehalten wurde, betonte Kommissar Kyprianou, dass die Kommission bei der künftigen Ausarbeitung von Rechtsvorschlüssen verstärkt auf das „Toolkit“ (auch als Gemeinsamer Referenzrahmen bekannt) zurückgreifen werde, und forderte die anderen EU Institutionen auf, dies ebenfalls zu tun.

Ob es sich um geschäftliche Transaktionen zwischen Unternehmen oder zwischen Unternehmen und Verbrauchern handelt – allen im europäischen Binnenmarkt getätigten Geschäften liegt stets das Vertragsrecht zugrunde. Einige Rechtsvorschriften der EU – wie zum Beispiel die Richtlinien über den Verbrauchsgüterkauf, über missbräuchliche Vertragsklauseln oder über Pauschalreisen – haben bereits zur Regelung bestimmter Aspekte des Vertragsrechts der Mitgliedstaaten beigetragen. Gleichwohl führt die Umsetzung des einschlägigen EU Rechts in nationale Gesetze bisweilen zu Unvereinbarkeiten. Daher schlug die Kommission im Jahr 2003 einen Aktionsplan vor, in dem sie den Weg zu einem kohärenteren Vertragsrecht der EU vorzeichnete, und im Jahr 2004 veranlasste sie die Schaffung eines



© Eureka Slide

Gemeinsamen Referenzrahmens, der ein Handbuch von EU Rechtsvorschriften zum Vertragsrecht sowie Vorschläge zu deren Vereinfachung umfasst.

Die Kommission, die bei dieser Initiative federführend ist, muss dafür sorgen, dass das „Toolkit“ effektiv die Instrumente bietet, die der Gesetzgeber benötigt. Nichtsdestoweniger zeigte sich Markos Kyprianou zuversichtlich, dass der von der Kommission angestoßene Prozess zum gewünschten Erfolg führt. Er lud die Konferenzteilnehmer ein, sich an der allgemeinen Debatte über den Beitrag des Gemeinsamen Referenzrahmens zur besseren Rechtsetzung zu beteiligen, und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Rahmen bis zum Ende seines Mandats als Rechtsetzungsinstrument angenommen werde.

## Weitere Informationen:

[http://europa.eu.int/comm/consumers/cons\\_int/safe\\_shop/fair\\_bus\\_pract/cont\\_law/common\\_frame\\_ref\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_int/safe_shop/fair_bus_pract/cont_law/common_frame_ref_de.htm)

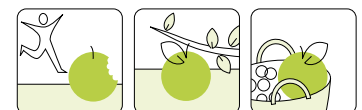
## Neue Veröffentlichung: „Consumers in Europe – Facts and Figures“

Die Europäische Kommission und das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) haben die zweite Ausgabe von „Consumers in Europe – Facts and Figures“ vorgestellt. Diese Veröffentlichung enthält eine Fülle von Informationen zu den wichtigsten EU Verbraucherfragen.

Anhand der 1999 bis 2004 erhobenen Daten werden die Ausgabenstrukturen, die Verbrauchergewohnheiten, die relative Kaufkraft, die indirekte Besteuerung und die verschiedenen Konsumsparten – von Lebensmitteln und Getränken bis hin zu Kommunikationsdienstleistungen – analysiert.

Die vorliegende Verbrauchererhebung ist die erste dieser Art, die von der EU seit Einführung des Euro und Erweiterung der EU im Mai 2004 durchgeführt wurde. So können interessante Vergleiche zwischen dem Konsumverhalten in den neuen und den alten Mitgliedstaaten angestellt werden: zum Beispiel sind die Verbraucherausgaben pro Haushalt in Luxemburg fast acht Mal so hoch wie in Lettland; das dänische Preisniveau war im Jahr 2003 drei Mal so hoch wie in der Slowakei; die Verbraucher in EU 15 bestellen etwa doppelt so häufig Waren oder Dienstleistungen per Internet wie ihre Mitbürger in den neuen Mitgliedstaaten; die Ungarn verbringen täglich fast doppelt so viel Zeit vor dem Fernseher wie die Luxemburger. Die Vielzahl der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Daten bieten ein wertvolles Instrument für die politischen Entscheidungsträger in Europa, die bei der Entwicklung von Rechtsvorschriften die konkrete Situation der Verbraucher überschauen und entsprechend berücksichtigen können.

Sie können die Veröffentlichung „Consumers in Europe – Facts and Figures“ im EU Bookshop kostenlos herunterladen (Website: <http://bookshop.eu.int/>) oder einen Ausdruck zum Preis von 30 Euro per Fax bestellen (Telefaxnr.: +00.352-2929-42758).



Die in *Health & Consumer Voice* vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder. Die Wiedergabe von Beiträgen ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.

E-Mail: [sanco-newsletter@cec.eu.int](mailto:sanco-newsletter@cec.eu.int)

Koordination: Marie-Paule Benassi

Redaktion: Iwona Pajak, Emer Traynor, Fabio Fabbi, in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.

Layout: Deborah MacRate-Ockerman - Stéphanie Bocca

Website:

[http://europa.eu.int/comm/dgs/health\\_consumer/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_de.htm)



## Direktor der Exekutivagentur für das Gesundheitsprogramm ernannt

Herr Luc Briol wurde zum ersten Direktor der Exekutivagentur ernannt. Er wird seinen neuen Posten zum Jahresende antreten. Herr Briol ist gegenwärtig Referatsleiter in der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission und für die Verwaltung des Gesundheitsprogramms zuständig. Als Direktor der Exekutivagentur wird Herr Briol von der Kommission für die Dauer seines 4 jährigen, erneuerbaren Mandats freigestellt. Zu seinen Aufgaben gehören die Ausarbeitung und Umsetzung des jährlichen Arbeitsplans, die Verwaltung des Haushalts, effizientes Management und Gewährleistung der internen Kontrollstandards. Ferner ist er zuständig für die Vorbereitung der Arbeiten des Lenkungsausschusses. Die Exekutivagentur wurde am 1. Januar 2005 gegründet, um die Durchführung des Gesundheitsprogramms zu unterstützen. Die Agentur hat ihren Sitz in Luxemburg und rekrutiert derzeit ihr Personal anhand einer Stellenausschreibung, die im zweiten Quartal 2005 veröffentlicht wurde. Die Agentur dürfte ihre Arbeit im Jahr 2006 aufnehmen.

Weitere Informationen: [http://europa.eu.int/comm/health/ph\\_programme/agency/agency\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/health/ph_programme/agency/agency_de.htm)